

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Rl., monatlich 4,80 Rl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Rl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Rl., monatlich 5,39 Rl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Rl., Danzig 3 Gld., Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Besteller keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige zweipaltige Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 bz. 80 Gd. Bf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Ercheinern der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 156.

Bromberg, Donnerstag den 10. Juli 1930.

54. Jahrg.

Schobers Reise nach Budapest.

Budapest, 9. Juli. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schöberl ist gestern hier zum Besuch des Reichsverweisers Sztybel und des Ministerpräsidenten, Graf Bethlen, eingetroffen.

(Von einem besonderen Wiener Berichterstatter.)

fw. Wien, 6. Juli.

Der Besuch des Bundeskanzlers Dr. Schöberl in Budapest ist ein Akt der internationalen Höflichkeit, der geeignet erscheint, den freundschaftlichen Beziehungen, die heute zwischen Österreich und Ungarn bestehen, klaren Ausdruck zu verleihen, der aber keine weitere realpolitische Bedeutung beizubringen vermag. Das Ordnungskabinett hat es in den wenigen Monaten, da es am Ruder ist, mit viel Geschick verstanden, eine bedeutende Steigerung des auswärtigen Ansehens Österreichs zu erzielen. Dem Bundeskanzler gelang nicht nur die Herstellung eines guten Verhältnisses zu Italien und freundschaftlicher Beziehungen zu Großbritannien, sondern sein Besuch in Berlin vermochte das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit ebenso zu stärken, wie sein Aufenthalt in Paris dazu beitrug, von Frankreich die offizielle Anerkennung zu erlangen, daß Deutschland und Österreich „zwei Staaten, aber ein Volk“ sind. Nachdem das Verhältnis zu den Großmächten, bei welchem Schöberl gewissermaßen als Vertreter des neuen Österreich seine Visitenkarte abgeben konnte, ein erfreuliches Gleichgewicht erreicht hat und die einstige Abhängigkeit von Frankreich, die unter dem Regime Seipels bestand, gelöst scheint, fällt dem Beobachter bei der Reise nach Budapest vor allem auf, daß der erste Besuch des Kanzlers bei den mittleren und kleineren Staaten gerade jenem Ungarn gilt, das seit einem Jahrzehnt von der Kleinen Entente umflammt wird und in Österreich naturgemäß den Mittler, sowie das offene Tor gegen Westen erblicken muß.

Es wäre jedoch falsch, diesem Umstand eine wie immer geartete politische Bedeutung beizumessen; es war eben gerade ein Zufall, daß der ungarische Minister des Auswärtigen, Ballo, als Vertreter der kleinen Staaten die erste offizielle Einladung zu einem Besuch seiner Hauptstadt überbrachte. Der tschechoslowakische Gesandte Pavrecka hat allerdings bereits im Winter in vorstichtiger Form angefragt, ob Bundeskanzler Schöberl auf seiner Reise nach Berlin nicht einen kurzen Aufenthalt in Prag einlegen wollte, worauf sich die natürliche Erwiderung ergab, daß eine solche Zusammenlegung, sowohl den Besuch in Berlin als auch den Abstecher nach Prag entwerthen müßte, indes die österreichische Regierung den größten Wert darauf lege, kein Land zu benachteiligen. Wenn die Venesch-Presse daher in diesen Tagen wieder allerlei Märchen aufstischen sollte, daß sich die Kleine Entente zurückgesetzt oder gar übergangen fühle, so wäre darauf nur zu erwidern, daß es dem Grafen Schöberl jederzeit frei steht, in Wien eine offizielle Einladung zu überreichen; denn jene Zeiten, in denen sich die österreichische Politik, ohne daß es die Bevölkerung der Alpenländer mußte, im Schlepptau Frankreichs bewegt hat und gegenüber der Kleinen Entente eine oft unverständliche Nachgiebigkeit verriet, sind endgültig vorüber. Als der französische Gesandte, Graf Clauzel, daher von der bevorstehenden Reise nach Budapest erfuhr, konnte er nicht umhin, als den Bemühungen der Regierung nach Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nachbarn gemessenen Beifall zu zollen, zumal sie vom Kanzler bereits in seiner Programmrede Ende September angekündigt wurden.

Die Magyaren, die im Frühjahr bereits ihren Unterrichtsminister, Graf Klebelsberg, nach Wien sandten, damit er Kulturpropaganda treibe und dabei ein gutes politisches Wetter vorbereite, werden in der ihnen eigentümlichen romantischen Art der Kanzlerreise gewiß eine zu weit gehende Auslegung geben. „Magyarország“ schrieb, daß die Zeiten, in welchen Ungarn eine Beschwerde gegen Österreich führte, vorüber seien, denn an Stelle des großen slawischen Österreich bestehe heute ein kleines Deutsch-Österreich, das ähnliche Sorgen und Interessen wie Ungarn beuge. Der offiziöse „Pester Lloyd“ meinte sogar, daß sich die Unterredung der Staatsmänner für den Frieden und Fortschritt in Osteuropa außerordentlich vorteilhaft gestalten könnte. Da die Wiener Regierung natürlich nicht die geringste Neigung besitzt, irgendeine Rolle in der sehr aktiven auswärtigen Politik Ungarns zu übernehmen, so bezieht sich diese Auslassung selbstverständlich nur auf die Durchführung des Schiedsvertrags. Während nämlich bisher die von beiden Seiten gestellten Schiedsrichter, Kienböck und Esterenyi, gelegentliche Mißverständnisse im Wege des direkten Einvernehmens beilegen konnten, wurde soeben der Richter beim Schweizer Bundesgericht, Dr. Agostino Soldati, zum neutralen Vorsitzenden des österreichisch-ungarischen Schiedsgerichts gewählt, das im September zu seiner ersten formalen Sitzung zusammenzutreten soll.

In Budapest werden nur die bei einem Höflichkeitsbesuch üblichen Programmpunkte erledigt und keine Vertträge geschlossen. Ministerpräsident Graf Bethlen wollte in offizieller Eigenschaft bereits im Januar 1922 in Wien, als gerade das erste Kabinett Schöberl am Ruder war; aber den Gegenbesuch konnte dann bereits Monsignore Seipel abtun, der im April 1923 einen ziemlich weit-

gehenden obligatorischen Schiedsvertrag abschloß, wie der Altbundeskanzler überhaupt die Neigung verriet, Ungarn das größte Entgegenkommen zu beweisen. Auch als Monsignore Seipel jüngst als Privatmann nach Budapest reiste, wo er sich stark für die Pfadfinder interessiert haben soll, hat er ein neues Schlagwort der gemeinsamen Tradition und ewigen Schicksalsgemeinschaft Österreichs und Ungarns geprägt. Mit diesem Sprichwort wird der Altbundeskanzler ebenso wenig Glück haben, wie mit seinem bekannten Ausspruch über das neue Waffengesetz; trotz seiner Warnung, dieses Gesetz im Nationalrat zu erledigen, wurde die Novelle zum Waffengesetz mit einer starken Mehrheit angenommen und Seipel selbst konnte nicht umhin, für dieses Gesetz zu stimmen.

Hinter der Andeutung dieser Schicksalsgemeinschaft verbergen sich vermutlich legitime Wünsche, zumal es aufgefallen ist, daß Monsignore Seipel in Budapest auch Graf Bethlen besucht hat, angeblich sogar früher, als den Reichsverweiser Sztybel und den Ministerpräsidenten Graf Bethlen. In Kreisen der österreichischen Mittelparteien erfährt daher der Rücktritt Seipels von der Stelle eines Obmannes der Christlichsozialen Partei immer häufiger eine solche Auslegung, daß die Tätigkeit des Altbundeskanzlers heute stärker als je zuvor über den Rahmen Österreichs hinausgeht, wie auch seine zahlreichen Vorträge in Deutschland die Stärkung der gesamten katholischen Aktion in Mitteleuropa bezwecken. Es wäre hingegen nichts verkehrt, als zwischen den verschiedenen Besuchen österreichischer Politiker in Budapest eine Parallele zu ziehen, die gewiß von seiten der Magyaren angestrebt wird, die aber der auswärtigen Linie des Bundeskanzlers kaum entsprechen dürfte, denn es sich vor allem darum handelt, nach allen Richtungen eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen. Die Ergebnisse der Auslandsreisen Schöberls werden sich nicht nur während der Generalversammlung des Völkerbundes, sondern auch darin zeigen, daß Wien im kommenden Herbst allerlei auswärtige Besuche empfangen kann, denn außer dem italienischen Minister des Auswärtigen, Grandi, soll auch der Reichsaußenminister Dr. Curtius zu erwarten sein.

Sauerweins Vorschläge

für einen deutsch-französischen Ausgleich.

Jules Sauerwein, der Außenpolitiker des „Matin“, veröffentlicht heute einen Artikel, dessen Bedeutung erst richtig zu ermessen sein wird, wenn man weiß, ob dieser Artikel von Briand inspiriert ist, zu dessen Vertrauten Sauerwein gehört, oder ob die Ausführungen Sauerweins über eine wünschenswerte engere Verknüpfung der Beziehungen Deutschlands und Frankreichs nur Äußerungen seiner eigenen Politik sind, die in der letzten Zeit, wie überhaupt die Haltung des „Matin“, ziemlich deutschfreundlich ist.

Sauerwein führt aus, daß die europäische Union-Idée Briands nur zu einem Ziele führen könne, wenn sich ihr mehrere Großmächte anschließen. England komme nicht in Betracht, da es vollkommen von der Idee des Freihandels zwischen dem Mutterlande und den Dominien erfüllt sei. Italien mache gegenwärtig eine Krise des Ehrgeizes durch. Es bleibe nur eine deutsch-französische Entente übrig. Deutschland könne sich nur mit Frankreich alliierten, was heute im Kriegsfall einen Block von Millionen wohlbewaffneter Männer und die unbedingte Herrschaft über alle Rohmaterialien und Finanzquellen darstellen würde. Sauerwein zählt auf, was Frankreich Deutschland zu bieten habe:

1. die einzige Möglichkeit eines finanziellen Beistandes,
2. die einzige Möglichkeit einer Erleichterung der Reparationslasten durch ein freundschaftliches Abereinkommen mit Amerika,
3. die einzige Möglichkeit, zu einer vernünftigen, eines großen Volkes würdigeren Militärmacht zurückzukehren,
4. die einzige Möglichkeit, in den Grenzen des Durchführbaren die Zusammenhänge mit Ostpreußen wieder herzustellen.

Das „Hamb. Fremdenbl.“ bemerkt zu dieser Meldung:

„Man wird zugeben, daß die ersten drei Punkte sehr weit gehen, und daß der letzte reichlich unklar ausgedrückt ist. Sauerwein weist noch auf die große Zahl der deutschen Arbeitslosen hin und deutet an, daß Frankreich auch die einzige Macht sei, die Deutschland neue Absatzgebiete eröffnen könne. Es ist jedenfalls überraschend, daß ein derartiger Artikel in einem der größten Blätter Frankreichs an dem Tag erscheint, an dem man wieder einmal erkennt, daß die Saar-Verhandlungen nicht vom Fleck kommen.“

Dagegen ist der Gegenpieler Sauerweins, Bertinax, vom „Echo de Paris“, der heftigste Gegner Briands, wieder bemüht, die Stimmung zwischen Deutschland und Frankreich zu verschlechtern, indem er mitteilt, Briand habe vor ungefähr einem Monat um Verschiebung des Besuchs Hindenburgs im Rheinland erucht und darauf hingewiesen, daß weder Thiers noch Mac Mahon in den Disparaten Frankreichs gewesen seien, nachdem die deutsche

Truppen von dort abgezogen waren. Die deutsche Regierung habe geantwortet, daß diese beiden Fälle miteinander nicht verglichen werden könnten, denn die Befehung der östlichen Teile Frankreichs nach dem Kriege 1870/71 sei die direkte Folge eines militärischen Sieges gewesen, die Befehung des Rheinlandes dagegen durch ein politisches Ereignis, nämlich den Waffenstillstand herbeigeführt worden.

Sauerwein kommentiert Sauerwein.

Paris, 8. Juli. (P.M.) In einem Artikel, der gestern früh im „Matin“ erschien, wies Jules Sauerwein in einem Kommentar über die Gründe, die Deutschland bewegen müßten, eine Verständigung mit Frankreich zu suchen, u. a. darauf hin, daß lediglich Frankreich dem Reich helfen könnte, eine Stetigkeit seines Verkehrs mit Ostpreußen zu finden. Von dem Korrespondenten der Polnischen Telegraphen-Agentur über die eigentliche Bedeutung dieses Satzes befragt, erklärte Sauerwein:

„Meine Antwort ist sehr einfach. Sie ist vollkommen in meinem Artikel enthalten, der vor einigen Tagen im „Matin“ erschienen war, und in dem ich mich mit der Frage des pommerellischen Korridors vom Gesichtspunkt Warschaws und Berlins aus beschäftigt habe. Ich betonte ausdrücklich, daß eine Verständigung in dieser Frage lediglich auf wirtschaftlichem Gebiet und auf dem Gebiet des Transits erfolgen könne. Jede Lösung dieser Frage, die auf den Anschluß des von der polnischen Bevölkerung bewohnten Korridor-Gebiets zu Deutschland abzielt, wäre entschieden verwerflich für den Frieden und zugleich in hohem Maße ungerecht. Dagegen seien sämtliche Erleichterungen im Verkehr erwünscht; sie würden von einer geländen Politik diktiert. Ich habe, so schloß Sauerwein, mehr als 12 Artikel über die gegenwärtigen Probleme geschrieben, man muß doch annehmen, daß sie einander nicht widersprechen, und daß mein Gedanke auch eine gewisse Stetigkeit hat.“

Bau-Europa

in der Außenkommission des Reichstages.

Berlin, 9. Juli. Die Außenkommission des Reichstages hat gestern mit der Aussprache über den deutschen Antwortentwurf auf das Memorial Briands begonnen. Die Beratungen fanden in einer vertraulichen Sitzung statt.

In einem längeren Exposé schilderte Reichsaußenminister Dr. Curtius den Verlauf der politischen Gespräche und Konferenzen, in denen Briand seine Enquete über die Bildung eines europäischen Staatenbundes einleitete. Der Minister berief sich bei dieser Gelegenheit auf die Ansichten Stresemanns über die grundsätzliche Idee des paneuropäischen Problems und ging dann auf das französische Projekt ein, wobei er den Standpunkt Deutschlands charakterisierte und versicherte, daß die deutsche Antwort spätestens am 15. Juli in Paris überreicht werden wird. Der genaue Text der deutschen Antwort ist bis jetzt noch nicht festgestellt worden. Die endgültige Formulierung der Antwort der Deutschen Regierung wird von dem Standpunkte abhängig gemacht, den die Außenkommission, die in den nächsten Tagen die Aussprache über diese Frage beenden soll, einnehmen wird. Das Programm der Kommissionsitzung sieht außerdem auch eine Diskussion über die deutsch-französischen Verhandlungen in der Saarfrage, sowie über eine Reihe von Abkommen mit fremden Staaten vor.

Nach Informationen der deutschen Presse wird die Reichsregierung in ihrer Antwort auf das Memorial Briands zwar grundsätzlich ihrem Einverständnis zu dem französischen Projekt Ausdruck geben, gleichzeitig aber auf die politischen Voraussetzungen hinweisen, von denen die Entstehung des europäischen Wirtschaftsverbandes abhängen wird. Wahrscheinlich wird die deutsche Antwort gleichzeitig betonen, daß es unerwünscht wäre, eine künstliche Konkurrenz zwischen dem Sekretariat des Völkerbundes und dem Sekretariat der paneuropäischen Organisation, die ihren Sitz in Genf hätten, zu schaffen.

Die Abrechnung mit den Separatisten.

Berlin, 9. Juli. (P.M.) Aus Mainz wird gemeldet: Montag nacht haben sich in fünf Punkten der Stadt die Straßentumulte gegen die ehemaligen Separatisten wiederholt. Eine Menge von Demonstranten, die sich aus einigen hundert Personen zusammensetzte, unternahm einen Angriff auf das Gebäude in dem sich das ehemalige Lokal der Separatisten befindet.

Der Polizei gelang es nur mit großer Schwierigkeit, den Ansturm der Demonstranten abzuweisen. In der Zwischenzeit begann der Hausbesitzer, der sich in seiner Wohnung verbarricadiert hatte, aus dem Fenster auf die Demonstranten zu schießen. Die Menge durchbrach die Polizeikette und drang, nachdem sie das Tor gesprengt hatte, in das Innere ein und demolierte die ganze Wohnungsrichtung. Der Wirt schloß sich in seinem Zimmer ein und schloß auch weiterhin auf die Demonstranten. Erst nachdem

die Polizei Verstärkungen erhalten hatte, gelang es ihr, der Situation Herr zu werden.

Mainz und Pommerellen.

In einem Kommentar über die Volksjustiz an den ehemaligen Separatisten im geräumten Gebiet stellt die „Nacze-popolita“ Vergleiche über das an, was in Mainz geschah, sowie darüber, was geschehen würde, wenn Pommerellen wieder an Deutschland abgetreten werden sollte und kommt zu folgenden Schlüssen:

„Nach dem, was sich in Mainz ereignet hat, wollen wir uns einmal vorstellen, was geschehen würde, wenn der deutsche Fuß auch nur einen Augenblick auf die Gebiete der Republik gestellt werden würde, die von uns Kraft des Versailler Traktates wiedererlangt wurden. Dann wäre schon nicht von Pogromen gegen die Separatisten die Rede, sondern von einer ausdrücklichen erbarmungslosen Ausrottung der polnischen Bevölkerung wie in Danzig zu Zeiten der Kreuzritter.“

Zu dieser höchst überflüssigen Erörterung, die nicht gerade dem Ansehen des Polnischen Staates dienlich sein dürfte, wäre zum Tatsächlichen folgendes richtig zu stellen: Es handelt sich bei den Separatisten weder um Franzosen, noch um irgend eine „rheinische Minderheit“; die Volkswut in Kaiserlautern, Wiesbaden, Mainz und Trier ist deshalb so groß, weil es nach ihrer Meinung den Verrat der eigenen Stammesgenossen zu sühnen gilt. Der Vergleich der „Nacze-popolita“ ist also schon im Objekt völlig abwegig.

Was die Ausrottung der polnischen Bevölkerung in Danzig zu Zeiten der Kreuzritter anbetrißt, so wird diese Geschichte nicht dadurch wahrhaftiger, daß sie immer wieder aufgewärmt wird. Sie gehört in das Reich der unfrohen Legende. Von einer Ausrottungspolitik der Deutschen gegenüber den Polen ist der Geschichte so gut wie nichts bekannt geworden. Selbst die vier entseigneten polnischen Gutsbesitzer, zu deren Wiedergutmachung von Herrn Wintarski 9000 Liquidationsobjekte angefeht waren, wurden zum größten Teil nicht verdrängt, sondern sie lebten schon vorher als Absentisten im Auslande. Die große Verdrängungspolitik, die es freilich schon im alten Polen gab, datiert aus der letzten Zeit und fällt — nicht den Deutschen zur Last. Wenn die „Nacze-popolita“ wegen der Verdrängung dieser Hunderttausende ein böses Gewissen hat, dann wird sie es nicht dadurch beruhigen, daß sie sich Hiftbüchlein vorläßt, von denen eine objektive Geschichtsschreibung nichts weiß.

Nachdem das polnische Blatt seine eigene Unruhe in bezug überlicher Weise beschönigt hat, gibt es merkwürdigerweise den keineswegs beunruhigten Deutschen zu verstehen, sie könnten ruhig sein: Niemals wird sich irgend eine polnische Regierung mit irgend jemandem über die „Besserung“ unserer Grenzen mit dem Reiche unterhalten. Eine solche Regierung würde im Laufe von 24 Stunden hinweggefegt werden.“

Warum also erst diese ganze Betrachtung, die bei den Separatisten anfängt und mit einem richtigen deutsch-polnischen Kriege aufhört. Über ihn schreibt die „Nacze-popolita“ folgende unangebrachte Sätze: „Ein neuer durch Berlin entfesselter Krieg könnte vielleicht ganz Europa zur äußersten Not bringen; doch er müßte durch ein neues Grunwald beendet werden, nach dem Deutschland für ganze Jahrhunderte die Luft verlieren würde, den Frieden in der Welt andauernd zu trüben. Dann würde sein Appetit auf fremdes Eigentum verschwinden.“

Von diesem deutschen „Appetit“ sollte man wenigstens in jenen Tagen schweigen, in denen es polnische Demonstrationen gibt, die das Ermland und Masuren von Deutschland abtrennen wollen, trotzdem sich beide Gebiete nahezu hundertprozentig in einer Volksabstimmung für das Reich erklärt haben. Warum man im übrigen auf polnischer Seite immer wieder von einem deutsch-polnischen Krieg jodelt, ist uns völlig unbegreiflich. In Berlin, das diesen Krieg angeblich entfesseln soll, denkt kein Mensch daran.

Was die Schlacht bei Grunwald, jene für den Orden unglücklich ausgegangene erste Schlacht bei Tannenberg, anbetrißt, so war sie keine große Heldentat. Eine heidnische, zumeist litauische Übermacht hat hier die christliche Minderheit besiegelt, die einst der christliche Pole Konrad von Masowien zum Schutz vor den heidnischen Pommerellen — damals war das bereits vorher von Germanen bewohnte Pommerellen noch nicht „arpolnisch“ — herbeigerufen hatte. Selbst der Heilige Vater hat über den Ausgang der Schlacht bei Grunwald Schmerz empfunden.

Im übrigen wollen wir uns freuen, daß es selten zwischen zwei Nachbarvölkern so wenig Kriege und Schlachten gegeben hat, wie zwischen Deutschen und Polen. Wir können sehr verträglich mit einander leben und tun es im Grunde genommen auch, wenn nicht immer gewisse Leute durch ihre Angstträume und Grenzlärmchen Unfrieden säen, um durch das Unkraut, das daraus entspringt, die Schuld zu verdecken, die sie unserer gemeinsamen Heimat erbe, die nicht in allen Fällen auch ihre Heimat ist, freventlich angefügt haben.

Neue Seite des Westmarkenvereins.

Die Abteilung Bromberg des „Verbandes zum Schutze der Westgebiete“ organisiert am kommenden Sonntag unter freiem Himmel eine Volksversammlung, an die sich ein Manifestationszug anschließen soll. Im Zusammenhange damit veröffentlicht der „Dziennik Bydgoski“ folgenden Aufruf:

„Die letzten Fälle der Provokationen an der deutsch-polnischen Grenze und die erhöhte Propaganda Deutschlands (??) in der Frage der Grenzen muß in der polnischen Volksgemeinschaft einen lauten und mächtigen Widerhall finden. Die durch den Verband zum Schutze der Westmarken am Sonntag, dem 13. Juli d. J., als dem Jahrestage der uns schädigenden (?) Volksabstimmung in Ermland und Masuren veranstalteten Volksversammlungen und Umzüge sollen dokumentieren, daß die unterschiedene Haltung der polnischen Volksgemeinschaft keine revisionistischen Gelüste Deutschlands zulassen wird. Wie kennen keinen Ausdruck „pommerellischer Korridor“; aber wir kennen das uralte polnische Pommerellen, das polnische Ermland und die polnischen Masuren. (Wie kommt es denn, daß Ermland und Masuren — in Pommerellen gab es keine Volksabstimmung — vor zehn Jahren zu 98 bzw. zu 91 Prozent deutsch stimmten?)

Geschah diese „Polen schädigende Volksabstimmung“ nicht sogar unter der Aufsicht der Feinde Deutschlands? D. N.)

... auch in Thorn.

Wie das „Słowo Pomorskie“ mitteilt, findet am kommenden Sonntag aus Anlaß des 520. Jahrestages der ersten Schlacht bei Tannenberg und des zehnten Jahrestages der Volksabstimmung in Ermland und Masuren auf Betreiben des Westmarkenvereins auch in Thorn auf dem alten Markt eine Manifestationsversammlung statt.

Deutsch-polnische Verständigung über die Grenzwisensfälle.

Warschau, 9. Juli. (P.M.) In den Verhandlungen über die Wisensfälle an der deutsch-polnischen Grenze sind die Deutsche und die Polnische Regierung übereingekommen, den tatsächlichen Verlauf dieser Wisensfälle einer endgültigen gemeinsamen Prüfung zu unterziehen. Die Kommission, der je ein Beamter der beiden Regierungen angehören werden, wird ihre Tätigkeit unverzüglich aufnehmen.

Wir bedauern nach wie vor, daß diese neue Kommission zur Untersuchung der Grenzwisensfälle ohne neutralen Vorsitz ihre Arbeiten aufnimmt. Es ist ganz selbstverständlich, daß beide Seiten, wenn sie ohne einen dritten Schiedsrichter mit einander verhandeln, zu keiner gemeinsamen Ansicht bei ihrer Untersuchung kommen können und werden. Die Untersuchung erreicht also nicht ihren Zweck, sondern dürfte durch das Gegeneinander der beiderseitigen Berichte die Klust, die sich zwischen zwei Nachbarvölkern unnötigerweise durch die letzten Wisensfälle aufgetan hat, immer weiter aufreißen.

Die Konkurrenz der Obersten.

Der „Weiße Adler-Verband“.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 9. Juli. Den extremsten Flügel des Sanierungsorgans bildet eine Gruppe, die, da sie eine Zeitschrift: „Nowa Kadrowa“ herausgibt, es bewirkt hat, daß man von ihr immer häufiger spricht. Die Ideen, welche die „Nowa Kadrowa“ entwickelt, sind recht unklar. Den Ideologen der Gruppe scheint irgendeine nie dagewesene Form von Faschismus vorzuschweben, mit deren Ausbau sie noch nicht fertig sind. Was aber für sie feststeht, ist die Notwendigkeit, mit dem Parlament, diesem Grundübel, ein für allemal Schluss zu machen. Die „Nowa Kadrowa“ (deren Redaktion sich im Gebäude des Hauptkommandos der Staatspolizei Nowy Swiat Nr. 67 befindet) führt diesbezüglich eine offene Sprache und propagiert einen staatsrechtlichen Umsturz mit folgenden Worten:

„Die Gesellschaft will keine neuen Wahlen, denn sie fühlt vortrefflich, daß diese von den Aufwieglern ausschließlich zu einem Versuch genutzt werden würden, diesen katastrophalen Zustand der Rechtswidrigkeit, den unsere ungeheuerliche, antizoziale und antinationale Sejmokratie bildet, zu legalisieren. Die Gesellschaft will keine neuen Wahlen und kann keine wollen. Sie will nicht länger im Sumpfe der Sejmokratie verweilen!“

„Die Gesellschaft verlangt, ja sie muß eine mannhafte Lösung des Knotens der jetzigen Verwirrung verlangen und zwar:

1. „Die Liquidierung des jetzigen Zustandes der Gesetzwidrigkeit, der Sejmokratie, d. h. die Abschaffung des Sejm und des Senats kraft eines Dekrets des Präsidenten der Republik und des Marschalls J. Pilsudski;

2. „die Berufung, auf Grund eines ebenjohlichen Dekrets, einer Konstituante in Gestalt eines Nationalrates, der die grundsätzlichen Thesen auszuarbeiten hätte, die die Grundlage einer neuen Struktur, einer neuen Verfassung der wiedergeborenen polnischen Nation bilden sollen.“

Ihren Willen muß die Nation im Wege einer organisierten, riesenhaften Petitionsbewegung, im Wege eines spontanen Plebiszits zum Ausdruck bringen.

„Bürger guten Willens!“

Verfaßt Petitionen an den Präsidenten der Republik und an Marschall J. Pilsudski. Sammelt Unterschriften der Bevölkerung mit der entschiedenen Forderung:

der Aufhebung von Sejm und Senat, der Ebernung des Nationalrates!“

Hinter der Zeitschrift, die die „Bevölkerung“ auffordert, um diese „Reinigung“ zu petitionieren, steht die „Liga der Großmachtentwicklung Polens“. Von dieser Liga weiß man nur so viel, daß sie manchmal in den Straßen Plakate anheben läßt, die selten von jemand beachtet werden und die in schwülstigen Phrasen der Inbrunst der Verehrung für Marschall Pilsudski Ausdruck geben. Der Liga gehören ältere Herren, aber auch Jugendliche an. Ihr geistiges Haupt ist der Schriftsteller Backaw Sieroszewski, der polnische Kipling genannt, ein temperamentvoller Greis, dem die endelischen Reider nicht verzeihen können, daß die Pilsudski-Verehrung ihm wohl bekommt und daß er mit Ehren und Gütern überhäuft wird.

Die „Nowa Kadrowa“ und die „Liga“ sind aber nur ein Vorbergrund, eine Art Fassade, die jeder betrachten darf. Im Hintergrunde soll das eigentliche Zentrum dieses extremen Flügels in Gestalt einer geheimen Organisation tätig sein. Die Endelken haben die Sache ausgeschnüffelt und verhehlen nicht ihre Freude darüber, daß die „Obersten“ von einer gefährlichen Konkurrenz bedroht werden, die bereits im Anmarsch sei. Diese Geheimorganisation, welche angeblich Anstalten treffen soll, die Obersten mit ihrem wankelmütigen Wesen und ihrer klauen Politikk beiseite zu schieben, wird als „Verband des weißen Adlers“ bezeichnet.

Das Mittagsblatt: „ABC“ weiß von diesem Verbands alles zu erzählen. Die nicht beschlagnahmen, also von den Behörden sicherlich nicht als staatsgefährlich angesehenen Informationen des Warschauer Blattes lauten:

Der „Verband des weißen Adlers“ ist eine geheime Sanierungsorganisation. Laut ihrem Reglement fußt sie auf:

- a) den Grundsätzen der Hierarchie und der Designation von oben aus;
- b) auf unbedingter Disziplin auf sämtlichen Stufen der Organisation;
- c) auf dem Vertrauen, daher auf Redlichkeit;
- d) auf der Verantwortlichkeit für unternommene und durchgeführte Handlungen;
- e) auf unbedingter Wahrung des Geheimnisses;

Auf einer gewissen brüderlichen Solidartät gegenüber den Mitgliedern des Verbandes.

Der Verband zerfällt in Abteilungen, deren organisatorischer Zusammenhang von der obersten Gewalt bestimmt wird. Die oberste Gewalt bildet das Kapitel, an dessen Spitze der „Meister“ des Verbandes steht. Was sind die Ziele des Verbandes des Weißen Adlers? Auf diese Frage antwortet die Deklaration des Verbandes, in der es in den Punkten 7 und 8 heißt:

„Solange unser Nationalführer Marschall Józef Pilsudski lebt, bzw. der Zustand seiner Kräfte und Gesundheit ihm zu regieren erlaubt, sind wir eine organisierte bewachte soziale und politische Kraft, die ihm völlig zur Verfügung steht und in der Richtung der von ihm der polnischen Nation gewiesenen Leitlinien: mit Wort, Schrift und Tat wirkt.“

„Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist die Heranbildung einer bewachten, disziplinierten Kraft, die instand wäre,

im Falle des Abtretens des Kommandanten vom Schauplatz des politischen Lebens der Situation Herr zu werden und es zum Bürgerkriege bzw. zur tieferen inneren Spaltung durch die Konkurrenz um die Macht und insolge unbedingter persönlicher Ambitionen nicht zuzulassen.“

Daraus glaubt das „ABC“-Blatt schließen zu dürfen, daß der Verband „an die Zukunft“ denke und daß der Verbandsmeister sich die Rolle des Nachfolgers des Marschalls Pilsudski angebahnt habe.

Reine Dienstpässe

für die polnische Gruppe zur Interparlamentarischen Union.

Warschau, 8. Juli. Die Teilnehmer der polnischen Delegation für den in London stattfindenden Kongress der Interparlamentarischen Union hielten gestern vormittag eine Sitzung ab, in der man sich mit der absehbenden Haltung der Regierung gegenüber dem Antrage der Delegation, Dienstpässe zu verabsorgen, beschäftigte. Am Nachmittag beriet der polnische Gruppenvorstand und faßte einmütig folgenden Beschluß:

„Der Vorstand der polnischen Gruppe der Interparlamentarischen Union hält, trotzdem im letzten Augenblick die Abgabe von Dienstpässen für ihre Delegation abgelehnt wurde, an seiner Entscheidung, an der Konferenz der Interparlamentarischen Union in London teilzunehmen, fest. Eine Änderung des grundsätzlichen Standpunktes kann zu gegebener Zeit erfolgen.“

Die Abreise der Delegation würde nur dann nicht zustande kommen, wenn die Mitglieder der Union nicht rechtzeitig die gewöhnlichen Auslandspässe erhalten sollten.

Es muß bemerkt werden, daß das Außenministerium in früheren Jahren der polnischen Delegation zur Teilnahme an den Kongressen der Interparlamentarischen Union die sogenannten Dienstpässe zuerkannt hatte. Nur in diesem Jahre wurden Schwierigkeiten gemacht. Eine ganze Woche lang blieb die polnische Delegation ohne definitiven Bescheid, bis sie am Sonnabend von der Ablehnung ihres entsprechenden Gesuchs offiziell in Kenntnis gesetzt wurde.

Republik Polen.

Der Staatspräsident fährt nicht ins Ausland.

Warschau, 8. Juli. Wie der „Kurjer Poranny“ erfährt, wird der Präsident der Republik den ganzen Monat über in Spała bleiben, wo er die ihm von den Ärzten empfohlene Hauskur durchmachen will. Den Ärzten und den Personen, die ihm eine Ausreise nach dem Auslande empfohlen hatten, erklärte der Staatspräsident, daß er auf die Auslandskur verzichte.

Neuer amerikanischer Konsul.

Warschau, 2. Juli. Der Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Warschau, Felix Cole, der seit einem Jahre in Warschau amtiert, verläßt seinen hiesigen Posten und übernimmt das Generalkonsulat in Frankfurt a. Main. Zu seinem Nachfolger auf dem Posten des Generalkonsuls in Warschau wurde John Suddie ernannt, der bisher das amerikanische Konsulat in Köln leitete. In den Jahren 1919/20 war der neue Generalkonsul amerikanischer Konsul in Warschau.

Die polnische Gesandtschaft in Angora — eine Botschaft.

Warschau, 8. Juli. Dieser Tage fand eine Sitzung des Ministerrats statt, in der nach Genehmigung des Standpunktes des Innenministers in der Frage der Getreidereserven beschlossen wurde, die polnische Gesandtschaft in Angora zum Range einer Botschaft zu erheben.

Schweizerische Anleihe für Gdingen.

Gdingen, 3. Juli. (P.M.) Die Schweizerische Bankgesellschaft in Zürich hat, wie der Stadtpräsident von Gdingen mitteilt, der Stadt eine Anleihe in Höhe von vier Millionen Schweizer Franken auf zehn Jahre zu sieben Prozent bei einem Emissionskurse von 95,5 erteilt. Die Amortisation der Anleihe erfolgt nach fünf Jahren. Sie soll zur Elektrifizierung der Stadt Gdingen Verwendung finden. Im Zusammenhange mit der Erlangung der Anleihe wird die Verkehrsgesellschaft in der nächsten Zeit an die Verwirklichung des Verkehrs mit schienenlosen elektrischen Straßenbahnen herantreten.

Dewey fährt nach der Schweiz.

Warschau, 5. Juli. (P.M.) Wie der „Kurjer Warszawski“ meldet, wird sich der amerikanische Finanzberater bei der Polnischen Regierung Charles Dewey, der in diesen Tagen von seinem Aufenthalt in Belgrad wieder nach Warschau zurückgekehrt war, Mitte dieses Monats nach der Schweiz begeben.

Kürten widerruft.

Düsseldorf, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Peter Kürten hat alle seine Geständnisse über die angeblich von ihm verübten Morde widerrufen, so daß das Untersuchungsverfahren gegen ihn auf dem toten Punkt angelangt ist. Er behauptet, er habe sich belastet, um der Welt zu imponieren. Die Beschreibungen der Presse von seinen Verbrechen hätten ihm einen riesigen Spaß gemacht. Da man sich jetzt für seine Person nicht mehr interessiert, habe er sich entschlossen, seine Geständnisse zu widerrufen.

Pommerellen.

2. Juli.

Graudenz (Grudziadz).

Bevölkerungsbewegung. In der Woche vom 30. Juni bis zum 5. Juli gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 20 eheliche Geburten (10 Knaben, zehn Mädchen), sowie 1 uneheliche Geburt (Mädchen), ferner 9 Eheschließungen und 10 Todesfälle, darunter 6 Kinder bis zu 1 Jahr (3 Knaben, 3 Mädchen).

Alto doch Hallerstraße! Wie mitgeteilt, hat der Magistrat lange gezögert, den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auszuführen, der Rehdenerstraße (Radzyńska) den Namen General Józef Hallerstraße (ul. Generala Józefa Hallera) zu verleihen. Nun, nach Verlauf fast eines halben Jahres nach der Beschlußfassung, gibt das Städtische Amt für öffentliche Ordnung und Sicherheit bekannt, daß gemäß dem Beschlusse des Stadtverordnetenkollegiums vom 28. Januar 1930 der Name der ul. Radzyńska in ul. Generala Józefa Hallera geändert worden ist.

Wieder ein Weichselopfer. Montag nachmittag gegen 3 Uhr badete am diesseitigen Weichselufer, in der Nähe der Anlegestelle der Schiffsahrtsgesellschaft, ein Teilnehmer am Ausflug der Lowidzer landwirtschaftlichen Schule nach Graudenz, namens Jan K. Lausa. Plötzlich verlor er vor den Augen der mitanwesenden Kameraden und kam nicht wieder an die Oberfläche des Wassers. Rettungsversuche blieben ergebnislos. Die Leiche ist bisher noch nicht gefunden worden.

Hilfe für die erwerbslosen geistigen Arbeiter. In Warschau (Warszawa), wohin sich zwei Vertreter der hiesigen Beschäftigungslosen Kopparbeiter dieser Tage begeben hatten, wurde ihnen im Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge die Zusage gegeben, daß dem Graudenzener Magistrat ein Betrag von 8000 Zloty zur Verteilung unter diese Kategorie Arbeitsloser zur Verfügung gestellt werden wird. Die Zuteilung an die Erwerbslosen wird dieser Tage erfolgen. Außerdem erhielten die Delegierten die Zusicherung, daß hierorts demnächst eine Küche für geistige Arbeitslose eingerichtet werden soll.

Verstorbener Selbstmord. Durch Trinken von Wodka versuchte sich eine Frau aus der Culmerstraße (Chelminska) das Leben zu nehmen. Zum Glück konnte sofort nach der Tat eingeholt ärztliche Hilfe noch das Schlimmste verhindern. Die Unglückliche wurde ins Krankenhaus gebracht.

Verstorbener ist seit dem 4. Juli der 14jährige Knabe Henryk Kozłowski, dessen Eltern in Gruppe (Truppenübungsplatz) wohnhaft sind. Der Junge ging an diesem Tage von Hause fort und kehrte seitdem nicht mehr wieder. Er ist 1,30 Meter groß, schlank; Haare dunkelblond; Kleidung: kurze Hosen und Jacke aus dunkelgrauem, kariertem Sommerstoff. Mitteilungen über den vermißten Knaben sind der Polizeibehörde zu machen.

Ziemlich reiche Ernte hatte die Diebesbande wieder nach dem letzten Polizeibericht. Um über 1000 Zloty wurde Pawel Galkowski, Lindenstraße (Lipowa) 1, geschädigt. Man stahl ihm aus der Wohnung Kleidungsstücke (Anzug, Überzieher usw.), eine goldene Damenuhr mit Herrenkette und eine Nadelarmbanduhr. Weiter wurden bestohlen: Aleksander Serocki, Wiesenweg (Droga Lakowa) 64, um sein 200 Zloty Wert bestehendes Fahrrad, Fleischermeister Franciszek Dufowski, Grabenstraße (Grobłowa) 26, um Speck und Ränderwaren im Werte von 600 Zloty, Anastazja Zwolińska, Rothoferstraße (Czerwona-

dworna), um ihre Handtasche mit 40 Zloty Inhalt. — Festgenommen wurden 2 Personen wegen Diebstahls.

Bereine, Veranstaltungen u.

Wirtschaftsverband städt. Berufe. Donnerstag Sprechst. 5-7 1/2 Uhr Gold. Bzwe.

Thorn (Toruń).

Der Magistrat Thorn verpachtet für die Dauer von sechs Jahren einen Teil Ackerland des städtischen Vorwerks Brzozoy. Meldungen werden im Rathaus, Zimmer 25, entgegengenommen.

Staatliche Unterstützung. Die Stadt wird durch Vermittlung des Pommerellischen Woiwoden eine einmalige staatliche Unterstützung von 100 000 Zloty zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhalten. Das Geld soll zur Durchführung der Arbeiten am Weinberg Verwendung finden.

Eine schreckliche Staubplage ist durch die herrschende Trockenheit und den in den letzten Tagen aufgekommenen, zeitweise recht starken Wind eingetreten. Die Straßen der Innenstadt und der Vorstädte sind in hausehohe Staubwolken gehüllt, die eine Menge Straßenschmutz mit sich führen. Der am Montag niedergegangene Regen war leider von zu kurzer Dauer, als daß er hier hätte Abhilfe schaffen können. Der Wassermangel im städtischen Wasserwerk erlaubt leider nicht das ausreichende Sprengen der Straßen, um dem gesundheitschädlichen Übel energisch zu Leibe rücken zu können, obwohl die Sprengautomobile die Arbeit schaffen könnten.

Ein Kind stürzt aus dem Fenster des vierten Stockwerkes. Das 3 Jahre alte Söhnchen des Kaufmanns Chojnacki, wohnhaft Tuchmacherstraße (Sukennicza) 10, war am Montag abend unbeaufsichtigt in der Wohnung. Das Kind kletterte auf das Fensterbrett und stürzte durch das offen stehende Fenster auf das Straßenpflaster. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Leiche des Kindes wurde nach dem Schauhaus des städtischen Krankenhauses gebracht.

Der Dienstagwochenmarkt war gut besucht und brachte auch regen Verkehr. Es wurden folgende Preise notiert: Eier 2,20-2,50, Butter 2,30-2,60, Weiskäse 0,40-0,50, Sahne 2,00-2,40, junge Hühnerchen 3,00-5,00 das Paar, Tauben 2,00-2,80 das Paar, Weißkohl pro Kopf 0,70-1,00, Kohlrabi 0,35-0,40 die Mandel, rote Rüben 0,15 pro Bund, Mohrrüben 0,10-0,20 pro Bund, Kopfsalat 0,05-0,10, Radisheschen 0,10, Schnittlauch pro Bündchen 0,05-0,10, Spargel 0,40-1,00, Tomaten 1,80-2,00, Blumenkohl je nach Größe 0,15-0,70 pro Köpfchen, frische Kartoffeln 0,15-0,20 pro Pfund, Johannisbeeren 0,25-0,40, Stachelbeeren 0,35-0,45, Kirzgen 0,60-1,00, Erdbeeren 0,70-0,80 und Blaubeeren pro Liter 0,60. Der Fischmarkt brachte Schleie zu 1,50-1,70, Hechte zu 1,60-1,80, Aale zu 1,80 pro Pfund und Suppenfische zu 0,70 das Pfund.

Am belichteten Tage überfallen wurde Montag nachmittags gegen 3 Uhr in der Gerechtestraße (ul. Prosta) der in der Lindenstraße (ul. Kosciuszki) 44 wohnhafte Leon Mikulak durch einige ihm unbekannte Personen. Sie schlugen mit einem scharfen Gegenstand auf ihn ein, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Die Täter konnten nicht gefaßt werden.

Ein Fahrraddiebstahl, bei dem dem Täter ein Objekt im Werte von 375 Zloty zur Beute fiel, gelangte am Montag zur Anmeldung bei der Polizei.

Amat-Seifenflocken sind halb so teuer aber ebenso gut wie sämtliche ausländischen Seifenflocken.

Podgorz (Podgorza) bei Thorn, 8. Juli. Das hiesige Standesamt registrierte im Monat Juni 27 eheliche Geburten (20 Knaben und 7 Mädchen), 1 uneheliche Geburt, 15 Todesfälle, darunter 10 von Kindern im Alter unter zwei Jahren, und 3 Eheschließungen.

Dirschau (Tczew), 7. Juli. Heute Mittag gegen 1/2 Uhr brach in der Steinstraße Nr. 13 ein Feuer aus. Der Brand entstand in einem Henschuppen. Die hinzugerufene Feuerwehr löschte das Feuer, ohne daß nennenswerter Schaden entstanden ist. — Ins hiesige Vinzenzkrankenhaus eingeliefert wurde der siebenjährige Kal-kowski aus Wacmierz, welcher dort von einem Auto angefahren wurde. Hierbei erlitt der Knabe schwere Kopfverletzungen. — Der hiesigen Kriminalpolizei ist es nach längerem Nachforschen gelungen, einige gefährliche Diebe und Einbrecher zu verhaften. Die Anführer sind ein Mann namens Josef Majewski aus Janischau, sowie dessen Bruder Johann. Die Verhafteten haben ihre Schuld eingestanden. Ein Teil der geraubten Sachen konnte noch vorgefunden werden, ebenfalls eine größere Summe gestohlenen Geldes.

Dirschau (Tczew), 8. Juli. Zwei Einbrecher verhaftet. In einer der letzten Nächte wurden mehrere Waggons auf dem Rangierbahnhof Siebenhof erbrochen. Aus einem derselben wurden einige Kisten Schmalz entwendet. Nach längerem Nachforschen gelang es der hiesigen Kriminalpolizei, die Täter zu verhaften. Es sind dieses Theodor Borowski, ohne festen Wohnsitz und August Potrykus, welcher erst vor kurzer Zeit aus dem Star-garder Gefängnis entlassen wurde. Die beiden Einbrecher wurden in der Nähe des Spangauer Wäldchens verhaftet, in welchem sie sich versteckt gehalten haben. Der größte Teil des gestohlenen Schmalzes wurde vorgefunden. — Die hiesige Bahnhofspolizei verhaftete vier langgefuhrte Taschendiebe, welche mit dem Warschauer Zuge angekommen waren, um hier ihr Heil zu versuchen.

Schweß (Swiecie), 8. Juli. Selbstmord. Der Korbmacher Stephan Kucolowski aus Przyzierk hat auf der Gasse zwischen Przyzierk und Poledno durch Erhängen an einem Baum seinem Leben ein Ende gemacht. Der Grund zu dieser unseligen Tat soll in einem Nervenleiden und Gram um die im Spital verstorbene Schwester zu suchen sein.

Zempelburg (Zepolno), 8. Juli. Beim Segelfliefahren auf dem hiesigen fiskalischen See kippte das Boot, in dem sich der Richter Labinski befand, um. Auf die Rufe des des Schwimmens unkundigen Richters eilten einige junge Leute dem Ertrinkenden mit einem Boot zu Hilfe und brachten ihn ans Land.

Graudenz.

Am 8. Juli verstarb in einer Danziger Klinik Hildegard Mager aus Grudziadz. Geliebt und geachtet von Allen, die ihr nahe standen. Unendlich betrauert von ihrer Mutter u. einzigen Schwester Berta Mager. Adelheid Frischlorn geb. Mager. Die Beerdigung findet am Freitag, dem 11. Juli, vormittags 11 1/2 Uhr, in Danzig, neuer Marienfriedhof statt.

Infolge einer Operation starb nach langem Krankenlager meine Handlungsbevollmächtigte Fräulein Hildegard Mager. Mit ihr ist ein wertvoller Mensch dahingegangen; sie war mir 15 Jahre lang eine treue und zuverlässige Mitarbeiterin. Ihren Kollegen war sie durch ihr nie erlassendes Geschäftsinteresse ein leuchtendes Beispiel. Sie wird mir sehr fehlen und meine Familie und ich werden ihr ein dankbares Gedenten bewahren. Grudziadz, den 8. Juli 1930. Arnold Kriedte. Die Beerdigung findet am 11. Juli, vorm. 11 1/2 Uhr, in Danzig vom neuen Marienfriedhof aus statt.

Nach langem Leiden verschied unsere liebe Kollegin Fräulein Hildegard Mager. Ihr liebenswürdiger, stets hilfsbereiter Charakter, ihre herzliche Freundschaft, die sie uns entgegenbrachte, werden unvergessen sein. Grudziadz, den 8. Juli 1930. 7776 Die Angestellten der Firma Arnold Kriedte.

Wichtig! Polster auf Matratzen, Sofas, Chaiselongues, Klubsess., Aufschwägel, usw. Auf Wunsch komme nach außerb. Kaliszki Blac 23 Stycznia 12 Getreidemarkt 12. 7753 Tapeten in großer Auswahl Farben, Lacke, Pinsel u. s. w. F. Bradau 7382 Toruńska 35, Tel. 697 Damen- u. Kinderkleider werden sauber u. bill. angefertigt. Langestr. Nr. 9, 11 Tr., r. 695 Dauerwellen moder. Damenhaarschn. Ondulation. Kopf- u. Gesichtsmass., Kopfwäsche, Maniküre, Damen- u. Herrenfris. A. Orlikowski, Dąbrowa 3, am Fischmarkt. 9734 Zischlerarbeiten werden sorgfältig und sauber ausgeführt. 6078 Otto Sentheil, Lipowa 1. Drahtseile für alle Zwecke. Teer- u. Weißstricke liefert B. Muszyński, Sellaufabrik, Lubawa.

Schweß. Anzeigen jeder Art wie Geschäfts- und Familienanzeigen, Käufe, Verkäufe und Stellengefuche gehören in die "Deutsche Rundschau" Anzeigen nimmt zu Originalpreisen für Swiecie n/B. und Umgegend entgegen die Vertreibsstelle der "Deutschen Rundschau". Annoncen-Expedition E. Caspari Swiecie n/B., Kopernika 9. 5261

Thorn.

Es hat Gott gefallen, am 7. Juli unsern lieben Vater, Großvater, Onkel, Bruder und Schwager August Singer nach kurzem Leiden heimzurufen. Die trauernden Hinterbliebenen. Thorn, Stendal, Kolberg, Berlin, Liegnitz. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 10. Juli, nachm. 5 Uhr, vom Diakonissen-Krankenhaus Moder aus auf dem Neustädt. Friedhofe statt. 7755

Spezial-Damen-Salon empfiehlt 7340 Z. Olkiewicz Altstädtischer Markt Ecke Outmerstraße. Treibriemen von Kamelhaar u. Leder empfiehlt Bernhard Leiser Sohn Toruń - św. Duchy 15 Tel. 391. 7209 Rinderfräulein zu 2 Kindern, 7 u. 11 J., von sofort gesucht. 7756 S. Jemelma, Różana 5 Szeroka 34 Toruń Gegründet 1853

